

Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 91 (1973)
Heft: 43

Artikel: Die Koordinationsstelle für Umweltschutz im Kanton Zürich
Autor: Troxler, Karl Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-72033>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kann sie wohl mit gutem Gewissen als die «Metropole» einer unbekannteren Kultur bezeichnen. Später wohnen dort Menschen mit einer anderen Körper- und Schädelstatur. Danach breitet die Natur ihr grünes Leichentuch über Lepenski Vir aus. Die Mathematik und der Beton werden vergessen, für Jahrtausende.

Jetzt sind die Wissenschaftler an der Reihe, noch uneins, auf welche Weise der Beton hergestellt worden war. Man will thermischen Restmagnetismus nachgewiesen haben, also muss der Kalk gebrannt worden sein. Hierzu sind aber Temperaturen von 1000 °C erforderlich. Wahrscheinlicher ist es wohl, dass die Menschen von Lepenski Vir dem Kalk *Trass* beige-mischt haben, wie es die Griechen und die Römer taten. Jeden-

falls ist der Steinzeitbeton, nachgehärtet in Jahrtausenden, kaum weniger fest als der heutige aus Portlandzement. Noahs Ahnen haben uns ein Rätsel hinterlassen.

Literatur

- *Börries H. Sinn*: Und machten Staub zu Stein. Die faszinierende Archäologie des Betons von Mesopotamien bis Manhattan. Düsseldorf 1973, Beton-Verlag GmbH.
- *Dragoslav Srejović*: Lepenski Vir. Eine vorgeschichtliche Geburtsstätte europäischer Kultur. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach.

Adresse des Verfassers: *Börries H. Sinn*, Redaktor, D-4046 Holzbüttgen, Feldstrasse 18.

Die Koordinationsstelle für Umweltschutz im Kanton Zürich

DK 577.4:35

Von Dr. Karl Heinz Troxler Zürich¹⁾

Ausgangslage

Es fehlt im Sachen- und Vertragsrecht, im Verwaltungs- und im Strafrecht nicht an Normen zur Abwehr von Umweltgefährdung. Aber offensichtlich genügen sie nicht. Das zeigt die Gegenwart. Die Komplexität der Probleme zieht ein immer komplizierteres rechtliches System nach sich. Die Patentlösung ist anscheinend immer die gleiche: Es wird von der Verwaltung verlangt, dass sie neue Verbotsnormen schafft und so den Umweltschutz garantiert. Der Vollzug dieser Gesetze ist jedoch – wegen der Überforderung der Leistungsverwaltung und ihrer Vollzugsorgane – in vielen Fällen in Frage gestellt. Zudem hat der Bürger längst die Übersicht über die zahllosen einschlägigen Bestimmungen verloren. Und Gesetze, die man nicht kennt, beachtet man nicht.

Die Massenmedien tragen das Ihre dazu bei, die Öffentlichkeit für den Umweltschutz zu sensibilisieren und zu aktivieren. Sie halten nicht zurück, die Zukunft in düstersten Farben zu malen. Die «Apokalypse» wird täglich als Zeitungslektüre verkauft. Es ist nicht verwunderlich, dass die Öffentlichkeit von den Behörden rasches und zielstrebiges Handeln verlangt.

Zielsetzung

Der Kanton Zürich hat den Erwartungen der Öffentlichkeit Rechnung getragen und eine Koordinationsstelle für Umweltschutz geschaffen. Bei der Formulierung der Aufgabe wurden einige wesentliche *Erfahrungen* mitberücksichtigt:

Alle Umweltprobleme sind interdisziplinär. Sie verlangen immer eine ganzheitliche Behandlung.

Die Lösung von Umweltproblemen kann mit Verbotsnormen allein nicht erreicht werden. *Verbotsnormen* müssen immer durch *Gebotsnormen* ergänzt werden.

Umweltprobleme werden stets unterschätzt, und zwar sowohl hinsichtlich des Umfangs als auch des Tempos, mit dem sie auf uns zukommen.

Die meisten Umweltprobleme sind nicht nur lokale oder kantonale, sondern auch nationale Probleme. Aus verschiedenen Gründen können die kantonalen Stellen oft aber nicht abwarten, bis eine eidgenössische Regelung in Kraft gesetzt wird. Die Probleme müssen daher vorerst auf kantonaler Ebene angepackt werden, ohne dass man die Zielvorstellung einer überregionalen oder nationalen Lösung aus den Augen verliert.

¹⁾ Entnommen: «Raumplanung und Umweltschutz im Kanton Zürich», H. 8, Mai 1973. Herausgegeben vom *Planungsausschuss der Verwaltung, Kanton Zürich* (Amt für Raumplanung, Stampfenbachstrasse 14, 8090 Zürich).

Der Umweltschutzboom der letzten Jahre hat eine nicht mehr überschaubare Zahl von politischen Aktivitäten, Initiativen und Tätigkeiten aller Art hervorgerufen. Viele dieser Bewegungen sind aus politisch-ideologischen Gruppierungen, andere aus emotionellen Aktionen entstanden. Sie stehen oft in Konkurrenz zueinander. Doppelspurigkeiten sind unvermeidlich geworden, es sei denn, es gelinge einer neutralen Stelle, diese verschiedenen Bestrebungen im Sinne des öffentlichen Wohls zu koordinieren.

Aus den vorgezeigten allgemeinen Erfahrungen, den erkannten Problemen des Rechtvollzugs, und um den berechtigten Erwartungen der Öffentlichkeit Rechnung zu tragen, wurden für die Umweltschutzstelle folgende Zielsetzungen definiert: *Sie sei eine Koordinations-, Informations- und Beschwerdestelle.*

Zusammenarbeit

Die Koordinationsstelle erarbeitet zusammen mit den zuständigen Stellen kurz- und langfristige Konzepte. Unter einer Koordinationsstelle verstehen wir ein Koordinationsorgan und nicht ein Umweltschutzamt. Ein Koordinationsorgan kann nämlich sein Ziel rascher und vor allem mit weniger Aufwand erreichen als beispielsweise ein Superamt, das als Supergenehmigungsbehörde schliesslich doch wieder überfordert ist.

Grund: Es steht in der Verwaltung ein Fachpotential zur Verfügung, das teils schon seit Jahren Umweltschutz betreibt. Es fehlt demnach nicht an Potential, es fehlt lediglich an der Möglichkeit gemeinsamen Agierens. Koordination ist also in erster Linie konzertierte Kooperation.

Die Stelle verfügt über einen Fonds, mit dem Pilot-Studien und Problemanalysen finanziert werden. Auf Grund von objektivem Tatsachenmaterial wird eine verwaltungsinterne Arbeitskonzeption erstellt und dann die Arbeit intern verteilt, um Doppelspurigkeiten rechtzeitig zu vermeiden.

Arbeitsrahmen

Die Koordinationsstelle ist Verbindungsstelle zum *Amt für Umweltschutz* in Bern. Das neue Amt für Umweltschutz ist noch im Aufbau; es ist deshalb wichtig, dass die kantonalen Stellen rechtzeitig die Aufgabenbereiche zwischen Bund und Kanton abgrenzen. Die Koordinationsstelle ist zudem Kontaktstelle zu den Umweltschutzstellen der andern Kantone sowie zu den Gemeinden. Sie sucht dabei auf kantonaler und interkantonaler Ebene mit den Behörden eine gemeinsame Plattform zu gemeinsamem Vorgehen bei der Lösung spezifischer Probleme. Sie pflegt zudem regen Kontakt mit

zahllosen privaten Instituten und Institutionen, die ihre Anliegen bei ihr als einer zentralen Anlaufstelle vorbringen können.

Gemäss Geschäftsbericht 1972 hat sich die Koordinationsstelle – nach einer Phase des Aufbaus – bereits der folgenden *Aufgaben* angenommen:

- Dringlichkeitsprogramm für die Abfallbeseitigung im Kanton Zürich.
- Gesamtkonzept für den Schutz des Zürichsees.
- Bildungskonzept für Schule und Öffentlichkeit.
- Informationsprogramm für die Gemeinden.

Sie arbeitet zudem aktiv am Massnahmenkatalog für den Immissionsschutz an Strassen, am Vollzug des Alttautobeseitigungskonzeptes Ostschweiz und an der Studie über die Belastbarkeit des Raumes Zürich (Belastungsmodell).

Öffentlichkeitsarbeit

Die Transparenz der internadministrativen Bestrebungen und Willensbildungen ist äusserst wichtig. Es ist für die zuständigen Amtsstellen nicht immer einfach, sogenannte objektive Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten. Gerade im Umweltschutz liegen wissenschaftlich erhärtete Tatsachen und emotionale Vorurteile nahe beieinander. Es besteht die Gefahr, dass einzelne Verwaltungszweige – unter dem Druck der Öffentlichkeit – zugunsten des Umweltschutzes bestimmte Lösungswege gehen, ohne alle Alternativen geprüft zu haben (Waschmittelentscheid in den USA). Es ist Aufgabe der Koordinationsstelle, diese Transparenz zu schaffen. Dazu dienen interdisziplinäre Aussprachen, Koordinationsgespräche.

Im Kanton Zürich wurde zudem ein *Umweltschutzausschuss* gegründet, ein Gremium, in dem alle Direktionen vertreten sind und in dem von Zeit zu Zeit Probleme von interdisziplinärer Bedeutung besprochen werden. Jedes Mitglied des Gremiums hat zu dem ein Vorschlagsrecht zur Ver-

besserung der internen Zusammenarbeit. Das ist Information nach innen. Eine wichtige Aufgabe ist auch die Information nach aussen.

Die Koordinationsstelle muss unter Umständen zusammen mit den zuständigen Amtsstellen Projekte vorschlagen, die notwendig sind, deren Notwendigkeit jedoch in der Öffentlichkeit noch nicht im ganzen Ausmass erkannt wird. In diesem Fall sucht die Koordinationsstelle Mittel und Wege, die sogenannten «Opinion-Leaders» im Sinne der Notwendigkeit anzusprechen. Sie ist also auch Public-Relations-Stelle für den Umweltschutz. Sie garantiert damit die Information nach aussen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, verfügt die Stelle auch über eine eigene Dokumentation. Es werden laufend Nachrichten über Vorschläge oder Untersuchungsergebnisse im In- und Ausland auf die Verwendbarkeit im Kanton geprüft.

Beschwerdestelle

Die Koordinationsstelle ist auch *Beschwerdestelle* für alle Umweltbelange. Eine solche Aufgabe sollte heute in jeder Verwaltung von einer Stelle übernommen werden. Es ist politisch notwendig. Der Bürger weiss oft nicht, wo er seine Anliegen vorbringen muss. Die Aufgabe der Behörde wird so erleichtert, indem sie nicht mit Wünschen und Beschwerden aus der Bevölkerung konfrontiert wird, für die sie einerseits nicht allein zuständig ist und die andererseits von einer Behörde allein nicht zu lösen sind.

Wir haben hier die Basis und den Aufgabenbereich der Koordinationsstelle für Umweltschutz im Kanton Zürich skizziert. Es bleibt die Frage, wo eine solche Stelle in der Verwaltungshierarchie einzugliedern ist? Aktiver Umweltschutz ist Aktivität zum Schutze des Menschen via seine Umwelt. Im Kanton Zürich ist sie der Gesundheitsdirektion integriert. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Einordnung richtig.

Abnahme der Einwohnerzahl in der Stadt Zürich

DK 312.8

Den neuesten Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Zürich ist (in runden Zahlen) zu entnehmen, dass *seit Juni 1972 bis Juni 1973*, also innerhalb eines Jahres, die Bevölkerung Zürichs von 418175 auf 412081, d.h. *um 6094 Personen, abgenommen hat*. Dieser Rückgang entspricht 1½% der Gesamtbevölkerung.

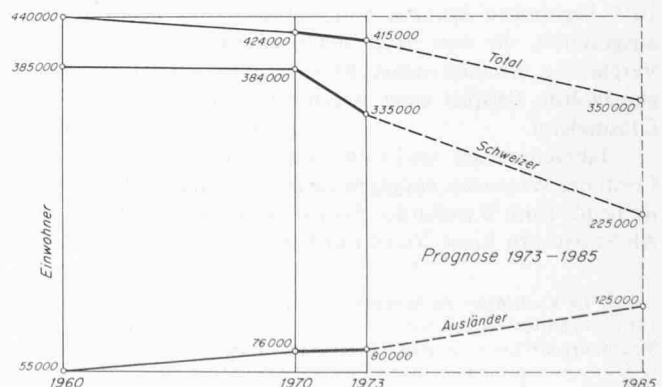
Seit 1960 hat sich die Einwohnerzahl von 440000 auf 415000 (1. Januar 1973), oder um 25000 Personen vermindert. Verglichen mit dem erwähnten Jahresrückgang 1972/73 erweist sich die rückläufige Bevölkerungsbewegung insgesamt als progressiv fortschreitend.

Im Zeitraum 1960 bis 1973 veränderte sich die Einwohnerschaft auch strukturell, indem die Zahl der in Zürich wohnenden *Schweizer Bürger* um 50000, nämlich von 385000 auf 335000, abgenommen hat. Dagegen stieg in dieser Zeit der Einwohneranteil *Ausländer* um 25000 bzw. von 55000 auf 80000 Personen. Der Saldoverlust an Schweizer Bürgern beträgt somit 25000 Einwohner.

Tabelle 1. Bevölkerungsentwicklung der Stadt Zürich 1960–1985

	1960	1970	1973	Differenz 1960/1973 (Prognose)	1985	Differenz 1960/1985
Total	440 000	424 000	415 000	—25 000	350 000	—90 000
Schweizer	385 000	348 000	335 000	—50 000	225 000	—160 000
Ausländer	55 000	76 000	80 000	+25 000	125 000	+70 000

Nach einer *Prognose* von Prof. Dr. H. Jürgensen, Hamburg (den der Zürcher Stadtrat als Experten für die Entwicklung der Stadt und ihrer Region beigezogen hat), wird sich die Bevölkerung Zürichs weiterhin um jährlich 5000 bis 6000 Einwohner vermindern. Sie würde demnach von 415000 (1973) auf 350000 (1985) zurückfallen. Dies entspräche – vorausgesetzt, dass der Entwicklung freier Lauf gelassen würde – einem Bevölkerungsverlust von 65000 Personen im Vergleich zu 1973 und – bezogen auf 1960 – von sogar 90000 oder 20% der damaligen städtischen Einwohnerzahl. Anzunehmen ist sodann, dass die in Zürich wohnenden Ausländer bis 1985 auf 125000 angestiegen wären (siehe Bild und Tabelle 1).



Bevölkerungsbewegung der Stadt Zürich